

Wahrheiten und Verkürzungen aus dem Vatikan

Eine kritische Würdigung der Enzyklika »Laudato Si« von Papst Franziskus durch

Peter Ruch

Herausgeber

Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
www.gekiwo.ch

Stiftung Freiheit & Verantwortung
www.freiheitundverantwortung.ch

Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur (STAB)
www.stab-ch.org

**Schweiz. Vereinigung für Freiheit,
Demokratie und Menschenwürde**
www.prolibertate.ch



Wahrheiten und Verkürzungen aus dem Vatikan

Eine kritische Würdigung der Enzyklika »Laudato Si« von Papst Franziskus

Die Enzyklika »Laudato Si« von Papst Franziskus bietet im ersten Teil eine umsichtige Bestandesaufnahme dessen, was die Welt bewegt: Klimawandel und Umweltzerstörung, Artensterben, Wasserverteilung und soziale Ungerechtigkeiten. Franz von Assisi, von dem der Papst seinen Namen geliehen hat, erscheint schon auf den ersten Seiten als beispielhafter Aussteiger, der dank dem Impuls aus der Heiligen Schrift die Schönheit und die Sprache der Natur entdeckt und daraus die Konsequenzen gezogen hat: Er führt ein anspruchsloses Leben im Dienste der Welt.

Die Welt sieht der Papst als gemeinsames Haus. Diesem Haus widerfährt in unserer Zeit vieles, was ihm Schaden und Zerstörung unmittelbar zufügt oder nach sich zieht. Die Aufzählung liest sich wie das Protokoll eines Klimagipfels, und niemand wird bestreiten, dass die Bestandesaufnahme der Realität entspricht: Wasserverschwendung und Wassermangel, Vergiftung von Gewässern, hohe Kindersterblichkeit, Schwund von Wäldern als Lebensräume und Sauerstoffquellen, Artensterben, Veränderung der Ökosysteme durch Übernutzungen aller Art, unwiederbringliche Zerstörung von Korallen, Fischbeständen und Meeresorganismen.

Weitgehend zutreffend ist auch der Befund, dass die Schäden die Schwächsten dieser Erde am heftigsten treffen. Es liegt nahe, angesichts der Veränderungen an die Bevölkerungsexplosion zu denken. Das tut auch der Papst.

Geburtenkontrolle und überholte kirchliche Dogmen

Mit dem **Thema Geburtenregelung** betritt der Papst ein heikles und für den Vatikan belastetes Gelände. Nachvollziehbar ist seine Forderung, die **Bevölkerungsexplosion** in den armen Ländern taue nicht als Entlastungsargument für die **Konsumexplosion** in der westlichen Welt. Im Blick auf Afrika sollte man freilich nicht übersehen, dass die Verachtfachung der Bevölkerung in 100 Jahren völlig andere Effekte auslöste als die bloße Verdoppelung in Europa in der gleichen Zeitspanne. Hier müsste sich der Vatikan von seinem **Dogma**, das auf wissenschaftlich widerlegten Fakten beruht, endlich befreien.

Die römisch-katholische Kirche steht noch immer bei der Auffassung, das männliche Sperma sei ein potentielles Kind. Von Thomas von Aquin übernahm sie die aristotelische These, wonach der Vater die Form und die Mutter die Materie zum Kind beisteure (vgl. Mater < Materia). Im 19. Jahrhundert wurde jedoch das längst vermutete weibliche Ei nachgewiesen. Dass die Hälfte der Kinder ihrer Mutter und nicht dem Vater gleicht, konnte ja niemandem entgehen. Gegen die Empfängnisverhütung gibt es keine theologischen Argumente. Dass der afrikanische Kontinent bei einer toleranteren Doktrin der katholischen Kurie besser dastünde, lässt sich vermuten, aber nicht beweisen.

Franziskus ist überzeugt, dass die Missstände nicht nur Einzelne, sondern ganze Länder angehen und zu einer **Ethik der internationalen Beziehungen** zwingen. Was er sich darunter vorstellt, wird aus der Enzyklika nicht hinreichend klar. Internationale Beziehungen zum Thema Ökologie werden heute intensiv gepflegt. Es fehlt auch nicht an Versuchen, **Sozialstandards** zu definieren. Vielleicht schweben ihm noch umfassendere Strukturen vor. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass die grössten Länder und Superstrukturen die grössten Schwierigkeiten haben, sich den ökologischen Herausforderungen zu stellen und Massnahmen einzuleiten. Das gilt für die USA ebenso wie für China, Indien und Indonesien. In der Russischen Union wirkt noch immer das kommunistische Tabu nach, die soziale Gerechtigkeit sei frei von Kollateralschäden, so dass über das Thema, wenigstens öffentlich nicht debattiert wird. In der Europäischen Union verliert die Ökologie mit zunehmender Integration laufend an Terrain. Das war der Grund, weshalb die Grünen die EU anfänglich ablehnten – bis auch sie von der parasitären Bürokratie zu profitieren begannen.

Global denken – lokal handeln

Völlig zu Recht stellt der Papst weiter hinten in seiner Schrift (Seite 179) fest, dass lokale Instanzen gegenüber globalen viel besser, rascher und zielsicherer agieren können, weil das **Verantwortungsbewusstsein** für die Enkel direkter auf die Handlungsweise durchschlägt. Dass die Erwärmung ausschliesslich vom Konsum einiger reicher Länder verursacht sei, ist angesichts der Temperaturschwankungen im Laufe der Erdgeschichte eine gewagte Behauptung. Das ändert freilich nichts an unserer Verpflichtung, der Natur Sorge zu tragen und die Verschwendung einzudämmen. Hier ist dem Papst grundsätzlich zuzustimmen.

Ursünde und Moralisten

In seinem schöpfungstheologischen Exkurs (66ff) definiert Franziskus den Menschen treffend als relationales Wesen. Sowohl mit seinen Mitmenschen als auch mit seinem Lebensraum sowie mit Gott steht er in einer Beziehung. Alle drei **Relationen** sind belastet, was die Schöpfungsgeschichte mit dem **Begriff »Sünde«** zum Ausdruck bringt. Sünde ist der Übergriff des Menschen in Bereiche, die nicht seiner Verfügungsgewalt zugeordnet sind. Der klassische sogenannte Sündenfall (Genesis 3) schildert den Anspruch des Menschen, so zu sein wie Gott. Aus biblisch-theologischer Sicht kann allerdings der nächste Schritt, den der Papst in der Enzyklika tut, nicht nachvollzogen werden. Er betrachtet nämlich Franz von Assisi als einen, der »in den Zustand vor der Ursünde« gelangte (Bonaventura). Nach biblischem Menschenbild ist jedoch jeder Mensch mit Sünde behaftet. Gerade auch der Anspruch »zwischen gut und böse unterscheiden« zu können, steht im Zentrum der Sündhaftigkeit. Jesus Christus ging mit den religiösen Moralisten seiner Zeit, die sich frei von Sünde wähnten, bekanntlich hart ins Gericht.

Grenzen des Wachstums, Grenzen der Freiheit

Entscheidend ist, dass der Mensch nicht völlig autonom ist (105ff). Papst Franziskus: »Der Mensch ist nicht völlig autonom. Seine **Freiheit** wird krank, wenn er sich den blinden Kräften des Unbewussten, der unmittelbaren Bedürfnisse, des Egoismus und der Gewalt überlässt... Wir können feststellen, dass er heute keine solide Ethik, keine Kultur und Spiritualität besitzt, die ihm wirklich Grenzen setzen.« - Heute. Und morgen oder übermorgen? Kann es der Mensch je schaffen, sich selber aus dem Sumpf zu ziehen? Gemäss allen biblischen Aussagen kann er genau das nicht. Er kann jedoch gewahr werden, dass er trotz aller Begrenzung von Gott für voll genommen wird und deshalb vergnügt sein kann. Das würde ihn davon befreien, ständig noch mehr und mehr zu fordern und zu konsumieren. Aber gerade weil der Mensch seine Begrenzungen nicht hinnimmt, hat Gott ihm **natürliche Begrenzungen** gesetzt: Er benötigt Schlaf. Seine Kräfte reichen nicht für alles, was er sich vornimmt. Die Natur gibt die Nahrungsmittel und Güter nicht einfach her wie im Schlaraffenland, sondern verlangt von ihm, dass er im Schweisse seines Angesichtes sein Brot esse und schliesslich zum Staub zurückkehre, weil er selber Staub ist (Genesis 1). Damit ist klar, dass jedes Wachstum seine natürlichen Grenzen hat. Diese Grenzen würden ihre Wirkung tun, wenn man davon absähe, sie mit monetären Tricks zu überspringen.

Staat, Markt und Technik – Dissonanzen und Krisen

Die Enzyklika hält fest, Wirtschaft und Politik würden von der **Technik** beherrscht und blendeten die negativen Auswirkungen aus (109). Man habe die Lektionen der Finanzkrise nicht gelernt. Was sind diese Lektionen? Offenkundig übernimmt der Papst das Weltbild, bei dem sich Markt und Staat als Alternativen, womöglich als gute und böse Mächte gegenüberstehen. Der Markt ist das Problem, und der Staat ist dafür zuständig, Schieflagen zu korrigieren. Nach dieser Denkart erfordert eine höhere Moral mehr Staat. Dieses Weltbild hat der Papst weder aus der Bibel noch aus seinem persönlichen Fundus entwickelt. Es ist ein grossflächiger Trend - kein Wunder, denn ökonomische Grundbegriffe gehören nicht zur Allgemeinbildung. Aber: Ist es wahr, dass die Finanzkrise durch die Märkte ausgelöst wurde? Für eine Antwort genügt es nicht, die letzten zwei oder drei Jahre ins Auge zu fassen. Wie so oft verbirgt sich die Wahrheit unter der Oberfläche.

Die Vorgeschichte der **Finanzkrise** reicht in die neunziger Jahre zurück, als durch das Internet und durch neue Kommunikationsmittel manche Börsenwerte in den Himmel zu wachsen schienen. Das Jahr 2000 brachte eine Korrektur, was Rezessionsängste weckte. Zufällig folgten der Terroranschlag vom September 2001 und die kostspieligen Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak. Die Angst vor einer Rezession war nun wirklich begründet. Die amerikanische Regierung gab Gegensteuer und stellte Geld zur Verfügung, das real gar nicht vorhanden war. In den Jahren 2001 bis 2003 senkte das Fed den Leitzins von 6 auf 1 Prozent. Dadurch konnte praktisch jedermann ohne Eigenkapital Immobilien erwerben. Die Regierung drängte die Banken per Gesetz dazu, Hypotheken auch an kredit-

untaugliche Personen zu vergeben. Werkzeuge für diese Art Sozialpolitik waren die Banken Fannie Mae und Freddie Mac. „Since Fannie Mae began in 1968, it has helped more than 63 million families achieve the American Dream of homeownership“, war über Jahre auf der Homepage zu lesen. Die beiden Banken waren Früchte des New Deal in den dreissiger Jahren und wurden 1968 privatisiert. Als staatsnahe Unternehmen erhielten sie jedoch weiterhin erstklassige Bewertungen und konnten sich günstig refinanzieren. Sie und andere Banken in ihrem Schlepptau konnten nahezu jedes Risiko eingehen, ohne dass sie entsprechende Schäden befürchten mussten. Durch die Fehlanreize entstand ein Immobilienboom mit massiven Überbewertungen. Als die Blase im Jahre 2008 platzte, machte Fannie Mae 58,7 Milliarden Dollar Verlust, was die Finanzkrise zur Folge hatte. Versagt hatte eindeutig der Staat als Verantwortlicher für die Rahmenbedingungen. Er verfügt über das Geldmonopol und ist verpflichtet, die Geldwertstabilität zu garantieren.

Gesellschafts- und Umweltkrisen als Teil menschlicher Entwicklung

»Der Markt von sich aus gewährleistet aber nicht die **ganzheitliche Entwicklung des Menschen** und die soziale Inklusion« liest man in der Enzyklika (109). Gewährleistet sie der Staat? Die Bilanz des reichlich sozialistischen 20. Jahrhundert zeigt, dass mit höherer Staatsquote sowohl der Wohlstand als auch das Umweltbewusstsein sinken. Nach den ökonomischen Vorstellungen, die in der Bibel zum Ausdruck kommen, kann ja nur investieren, wer zuvor einen Verzicht geleistet hat. Geld ist gespeichertes Gut, und Edelmetall lässt sich nicht beliebig vermehren. Der Zins ist eine Prämie für geleisteten Konsumverzicht und hat nichts Verwerfliches an sich. Papst Franziskus weist mit guten Gründen darauf hin, die **Gesellschafts- und die Umweltkrise** hingen eng miteinander zusammen, ja seien sogar dasselbe (139). Er erwähnt an der gleichen Stelle auch die Überwindung der Armut, die jedem Christen am Herzen liegen muss. Wie lassen sich aber die beiden Ziele – Wohlstand für möglichst viele und Umweltschutz – unter einen Hut bringen?

Dass die etatistischen Projekte beide Ziele durchwegs verfehlt haben, ist hinreichend belegt und bedarf keiner weiteren Klärung. Nicht vergessen sollte man den Tatbestand, dass der Kommunismus, weil er sich nur durch Repression über Wasser halten konnte, eine Blutspur von 100 Millionen Toten hinterlassen hat. Der Staat, wenn er in falsche Hände gerät, richtet viel grösseres Unheil an als jedes freiheitliche System. Irrtümer gibt es überall, aber die **Irrtümer des Staates** sind wegen seiner Monopolstellung unendlich viel verhängnisvoller. Umgekehrt hat die wirtschaftliche Liberalisierung der vergangenen drei Jahrzehnte dazu geführt, dass rund 3 Milliarden Menschen, vor allem in Asien, der schlimmsten Armut entkommen konnten. Der Welthandel fördert seinerseits den Frieden, weil er das Interesse wachhält, mit dem Handelspartner ein gutes Einvernehmen zu pflegen. Die sozialistischen Bruderländer hingegen, als die Schraubzwinge der Diktatur wegfiel, gingen teilweise militärisch aufeinander los. Es sind also die Freiheit und der Markt, die **Wohlstand** für

möglichst viele schaffen, den Frieden fördern und den Umweltschutz begünstigen. Der Staat hat allerdings wichtige Aufgaben: Er hat dafür zu sorgen, dass Verträge eingehalten werden und dass das Faustrecht keine Chance hat.

Wohnungsnot und Verkehrsengpässe als Folge des Zentralismus

Als Lateinamerikaner widmet sich der Papst in seiner Schrift auch der **Wohnungsnot**. (152) Bekanntlich bieten Städte wie Sao Paulo (21 Mio) und Buenos Aires (14 Mio) nicht allen Bewohnern eine menschenwürdige Behausung. Die Gründe dafür sind vielfältig, und manche entziehen sich einer rationalen Analyse. Weshalb derart viele Menschen ihr ländliches Leben gegen das Dasein in Favelas eintauschen, ist rätselhaft, auch wenn man das ländliche Leben nicht romantisiert. Offensichtlich erhoffen sich diese Menschen bei aller Unbill, die sie in der Metropolregion erwartet, eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Einem grossen Teil gelingt das auch. Die Problematik hängt nicht allein von der Grösse ab. Die grössten Ballungszentren Lateinamerikas, Mexico-City und Sao Paulo, liegen weltweit auf den Plätzen 9 und 10. Grösser als sie sind Tokio-Yokohama, Jakarta, Delhi, Seoul-Incheon, Manila, Shanghai, Karachi und New York. Von diesen sind Tokio-Yokohama, Seoul-Incheon, Shanghai und New York weit von den Zuständen Delhis oder Sao Paulos entfernt.

Zu Recht erwähnt der Papst auch die oftmals prekären Verkehrsverhältnisse, namentlich den Individualverkehr mit seinem **Schadstoffausstoss**, und plädiert für einen besseren öffentlichen Verkehr. Nicht verschweigen sollte man hier, dass die Aufblähung der Metropolregionen weitgehend eine Folge der staatlichen **Verkehrspolitik** ist. Zentralistische Systeme haben jahrzehntelang die **Metropolen** privilegiert und die Randregionen vernachlässigt. Private Verkehrssysteme hätten wohl viel mehr non-zentrale Akzente gesetzt und das Verkehrsnetz als Fischernetz anstatt als Zentrum mit Strahlen gestaltet. Die Fehlentwicklungen sind zu grossen Teilen auf Staatsversagen zurückzuführen. Es ist daher fraglich, ob ausgerechnet der Staat Abhilfe schaffen kann.

Eine Anschauung im kleinen Format bietet sogar die Schweiz, obwohl hierzulande der Öffentliche Verkehr Vorbildcharakter geniesst: Das Bahnnetz und die Fahrpläne werden seit Jahrzehnten auf Zürich ausgerichtet. Dadurch wurde dieser Siedlungsraum unverhältnismässig aufgebläht. Wer in Zürich arbeitet, kann nahezu überall wohnen, und wer in Zürich wohnt, kann fast überall arbeiten. Durch den masslosen Ausbau und die enorme Subventionierung des Öffentlichen Verkehrs, die weit mehr als die Hälfte der Kosten deckt, wurden völlig falsche Anreize gesetzt und die Pendlerdistanzen bis ins Absurde verlängert. Die Bahn ist ein klassischer Monopolbetrieb ohne Kostenbewusstsein und damit ohne Umweltbewusstsein. Dass Ressourcen grundsätzlich knapp sind, kann nur eine ehrliche Kostenrechnung zeigen. Der Staat und seine Betriebe wissen nichts davon. Dass ausgerechnet dieser Staat das Gemeinwohl verteidigen und fördern soll, wie der Papst postuliert (157), ist daher eine zwiespältige Hoffnung.

Gerechtigkeit und Solidarität für Generationen

Zum **Thema Gerechtigkeit** zwischen den Generationen bietet die Enzyklika wertvolle Positionen, die man nur unterschreiben kann. »Ohne eine Solidarität zwischen den Generationen kann von nachhaltiger Entwicklung keine Rede mehr sein. Wenn wir an die Situation denken, in der der Planet den kommenden Generationen hinterlassen wird, treten wir in eine andere Logik ein, in die des freien Geschenks, das wir empfangen und weitergeben. Die Umwelt ist in der Logik des Empfangens angesiedelt. Sie ist eine **Leihgabe**, die jede Generation empfängt und an die nächste Generation weitergeben muss.« (159) – Die Gier ist allerdings eine Eigenschaft, die dem Menschen wesensgemäss anhaftet. Indessen bricht die Frage auf, mit welchen Mitteln es möglich wurde, die Ressourcen in diesem Mass auszubeten. Die Kulturgeschichte kennt keine entsprechenden Beispiele – vielleicht mit Ausnahme der Abholzungen rund ums Mittelmeer während der Römerzeit. Ein wichtiger Grund sind zweifellos die technischen Errungenschaften, die nahezu jeden beliebigen Eingriff in die Natur möglich machen. Sie rufen nach dem **Korrektiv gesetzlicher Massnahmen** zum Schutze der Umwelt, und auf diesem Gebiet ist in den westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten sehr viel geschehen. Die Grünen Parteien verlieren Wähleranteile, weil der Umweltschutz inzwischen in sämtlichen Parteiprogrammen etabliert ist. Es wurde vieles angestossen und umgesetzt.

Ein zweiter Grund für die Übergriffe in die Natur und in die Zukunft wird meist verschwiegen und kommt auch in der Enzyklika nicht zur Sprache: Es ist der moderne **Sozial- und Umverteilungsstaat**. Viele Länder haben die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben und bereits vor einem Jahrhundert damit begonnen, die arbeitende Bevölkerung gegen Ausbeutung und Verelendung zu schützen. Dieses Ziel ist in vielen Ländern der Welt weitgehend erreicht worden. Die Frage jedoch, wie nachhaltig eine solche Sozialpolitik weitergeführt werden kann, ohne dass sie in die Verschuldungsfalle mündet, bleibt offen.

Jeder Eingriff in das **Eigentums- und Verfügungsrecht** ist ein Schritt Richtung Planwirtschaft und nebenbei zumeist auch ein Verstoss gegen die Verfassung. Beschränkungen des Eigentumsrecht haben alles derart überwuchert, dass kaum mehr jemand in der Lage ist, sie vollständig zu katalogisieren. Erwähnt seien bloss einige Tropfen aus dem Meer:

- Auflagen und Vorschriften im **Baurecht**, die weder der Bauherrschaft noch der Nachbarschaft noch der Umwelt nützen.
- Regulierungen im landwirtschaftlichen **Bodenrecht**, die viele Eigentümer zum Verkauf zwingen. Massnahmen zugunsten des Mieterschutzes, die in manchen Ländern die Motivation zum Bauen zu ersticken drohen.
- **Lohnnebenkosten**, die die Arbeit verteuern und damit den Standort verschlechtern.
- **Mindestlöhne und Kündigungsschutz**, was dazu führt, dass weniger Stellen geschaffen werden und die Jugendarbeitslosigkeit sich ausbreitet.

- Das Umlageverfahren bei der **Altersvorsorge** mit dem Bezugsprimat, der als Raubzug der alten gegen die jungen Generationen zu werten ist.
- Die weitgehend staatliche **medizinische Versorgung**. Sie hat das Kostenbewusstsein ausgeschaltet und verteuert sich seit Jahrzehnten. Der Vergleich mit der Zahnmedizin in der Schweiz zeigt, dass die Kostensteigerung in einem besseren System, zum Beispiel nach dem Vorbild Singapurs, wesentlich geringer sein könnte. In der Schweiz ist das Risiko dank dem Dreisäulen-Modell etwas geringer. In Frankreich bestehen Rentenansprüche von gegen 2 Billionen Euro, die der Staat den Rentnern schuldet, und die den expliziten Schulden von 2 Billionen Euro aufzuaddieren sind.

Zyklische Entwicklungen sind Normalität - alles hat seine Zeit

Die allermeisten Rentensysteme sind nicht darauf angelegt, Rezessionen zu verkraften. Deshalb setzt die Politik alles daran, **Rezessionen** zu vermeiden. Sie ignoriert dabei eine Erfahrung, die sich wie ein roter Faden durch die Kulturgeschichte zieht, und die bereits in der Bibel auf eine poetische Formel gebracht wurde (alles hat seine Zeit, Prediger 3,1-7). Nichts ist nämlich normaler und lebensnäher als **zyklische Prozesse**, d.h. der Auf- und Niedergang der Dinge, Kräfte und Stimmungen. Das gilt auch für die Wirtschaft. Wirtschaftliche Rezessionen haben durchaus ihren Sinn. Sie zwingen die Akteure, Wichtiges vom Unwichtigen zu unterscheiden und die verfügbaren Mittel den wichtigsten Bedürfnissen zuzuführen. Ausserdem haben Rezessionen oft **Innovationsschübe** ausgelöst und den Ideenreichtum beflügelt. Allein schon aus diesem Grund ist es fragwürdig, sie durch Kreditausweitung und billiges Geld abzublocken.

Die **Inflationspolitik** macht den sparsamen Umgang mit den Ressourcen unnötig bzw. verhindert ihn. Überdies bevorzugt sie die Schuldner und benachteiligt die Sparer, was eine Vernichtung wichtiger Tugenden bedeutet. Der Zins ist eine Prämie für geleisteten Konsumverzicht und darf niemals gegen Null sinken. Die Finanz- und Produktionsblasen (189) haben ihren Grund im Fehlverhalten der Notenbanken. Wer seine Ersparnisse wegen Inflation wegschmelzen sieht, flüchtet in Sachwerte. Diese werden dann nicht zum Gebrauch erworben, sondern als blosses Kapitaldepot. Diese künstliche Nachfrage treibt die Preise, und schon ist die Blase da.

Diese Zusammenhänge sind für das Verständnis der gegenwärtigen Krise fundamental und dürfen nicht, wie das in der Enzyklika von Papst Franziskus geschieht, ausser acht bleiben. Es ist schade um die wertvollen analytischen Passagen in »Laudato Si«, wenn der Papst schliesslich allzu sehr dem **Etatismus** huldigt. Die Lektüre von verlässlicher ökonomischer Fachliteratur hätte ihn und seine Berater davor bewahren können. Unter den Zitaten findet man fast ausschliesslich kirchliche Papiere. Wenn sich die Kirche mit guten Gründen für eine bessere Ökonomie stark macht, sollte sie sich auch umfassender informieren und dokumentieren.

Etatismus und Solidarismus

Die Enzyklika erweckt den Eindruck, Papst Franziskus sei ein Anhänger des sogenannten **Solidarismus**. Der Solidarismus war vor allem in Frankreich zu Hause. Seine Lehren sind jedoch überall in kirchlich gesinnten oder konservativen Kreisen, die sich nicht dem christlichen Sozialismus oder dem Staatssozialismus anschliessen mochten, lebendig. Der mehr **etatistisch denkende Flügel des Solidarismus** will die Ziele einer solidarischen Gemeinschaft durch staatlichen Zwang herbeiführen: **Gesetze** sollen den Besitzenden Lasten zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten des Volkes und zugunsten der »Allgemeinheit« auferlegen. Die Solidaristen wollen das Sondereigentum an den Produktivgütern bestehen lassen. Doch sie setzen über den Eigentümer eine Instanz - gleichviel ob das Gesetz und seinen Schöpfer, den Staat, oder das Gewissen und seinen Berater, die Kirche, - die den Eigentümer dazu anleiten soll, von seinem Eigentum den richtigen Gebrauch zu machen.

Der mehr **kirchlich gesinnte Flügel** will dasselbe durch Einwirkung auf das Gewissen erzielen; nicht Staatsgesetze, sondern **Moralvorschriften**, die christliche Liebe, sollen den Einzelnen zur Erfüllung seiner sozialen Pflichten anleiten. Es handelt sich um eine Art »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Von diesem Dritten Weg ist jedoch längst klar, dass er die Tendenz hat, letztlich in den Sozialismus zu münden. Einer der geistigen Väter des kirchlichen Solidarismus war der Jesuit Pesch, der 1914 ein Lehrbuch über Nationalökonomie herausgab. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass Papst Franziskus als Jesuit hier Anleihen macht.

Fazit

Es ist zu begrüßen, dass Papst Franziskus im Vatikan viel Neues anstossen will und Hoffnungen weckt. Im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Säkularisierung, ist bei vielen Menschen der Glaube an einen allmächtigen Gott durch den **Glauben an einen allmächtigen Staat** ersetzt worden. Alle Versuche, den verlorenen Gottesglauben durch den Glauben an die Allmacht des Staates zu ersetzen, sind zutiefst fragwürdig. Der Staat beruht auf dem Zwangsmonopol und der christliche Glaube auf der Frohen Botschaft der Liebe und der Gnade. Grössere Anleihen bei der Staatsgläubigkeit, von der man erwartet, dass sie ein Defizit an Nächstenliebe und Solidarität durch allgemeinverbindlichen Zwang wettmachen zu können, sind kein erfolgversprechender Weg. Für die umfassende Beurteilung der Welt, der menschlichen Freiheit und der ökonomischen Zusammenhänge bleibt daher noch viel zu tun.

Abschliessend eine Bemerkung von Dr. Alexander Wili, Ehrenpräsident des Vereins „Gesellschaft und Kirche wohin?“ und Ehrenmitglied des Stiftungsrates „Freiheit & Verantwortung“ aus der Sicht eines freisinnigen Demokraten:

„Wer dem Papst folgen will und nicht Staatsoberhaupt, Umwelt- oder Sozialminister ist, kann dies nur im privaten Umfeld tun oder – wie in der Schweiz – durch Teilnahme an

demokratischen Abstimmungen. Nur der freie Bürger eines demokratischen Landes ist in der Lage, Verbesserungen einzuleiten oder durchzusetzen. Dieser Gesichtspunkt fehlte in der Enzyklika. Er dürfte auch in Argentinien kaum durchzusetzen sein, wäre aber als Denkanstoss wünschbar. Die Förderung der Demokratie und der Möglichkeit, sachpolitische Entscheidungen in Gemeinden und Regionen einzuführen, wären eine wirkungsvollere Massnahme, die guten Gedanken der Enzyklika umzusetzen, als der Appell an die mächtigen Staats- und Ministerpräsidenten. Der Vatikan ist halt leider (noch) keine Demokratie wie die christlichen Landeskirchen in der Schweiz.“

Zum Autor



Peter Ruch ist seit Oktober 2008 Pfarrer in Küsnacht am Rigi. Nach der Berufslehre als Radioelektriker absolvierte er die Maturitätskurse für Erwachsene in Basel und begann anschliessend das Studium der evangelischen Theologie in Basel und Montpellier mit Abschluss 1980. Nach dem Lernvikariat war er Pfarrer in Pfyn-Weiningen und in Schwerzenbach. Er publiziert und referiert regelmässig. Er betreute diverse Nebenämter und ist u. a. Stiftungsrat des Liberalen Instituts in Zürich. Bei uns ist der tätig als Vorstandsmitglied des Vereins Gesellschaft und Kirche wohin? und als Stiftungsrat der Stiftung Freiheit & Verantwortung. Seit 1980 ist er verheiratet und hat zwei Söhne und eine Tochter sowie drei Enkel.

Schrift Nr. 14 | Mitgliederbrief Nr. 250

Herausgeber



Verein Gesellschaft und Kirche wohin?

Geschäftsstelle
Hintere Bahnhofstrasse 8
8853 Lachen
Telefon 055 442 70 78
Internet www.gekiwo.ch
E-Mail info@gekiwo.ch

Mitherausgeber

PRO  LIBERTATE

Schweiz. Vereinigung für Freiheit,
Demokratie und Menschenwürde
Postfach 587
3052 Zollikofen
Telefon 031 332 57 84
Internet www.prolibertate.ch

Verlag

Stiftung Freiheit & Verantwortung
Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur (STAB)
Pro Libertate

Redaktion & Layout

lic. phil. Josef F. Kümin

Druck / Auflage

Coloroffset, 3012 Bern
9000 Exemplare

Impressum

Verlag: Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Postfach 587, 3052 Zollikofen / info@prolibertate.ch



A

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



Stiftung **Freiheit**
& Verantwortung

Geschäftsstelle

Hintere Bahnhofstrasse 8
8853 Lachen

Unterstützen Sie unsere Organisationen mit Ihrem Mitmachen oder Ihrer Spende!

Meine / unsere Unterstützung für die STIFTUNG FREIHEIT & VERANTWORTUNG

- ☐ als Gönner (Beitrag ab 50 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für STAB

- ☐ als Gönner (Beitrag nach Ermessen)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für den VEREIN GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHN?

- ☐ mit der Gold-Mitgliedschaft (Beitrag 500 Fr.)
- ☐ mit der Silber-Mitgliedschaft (Beitrag 250 Fr.)
- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als juristische Person / Firma (Beitrag 200 Fr.)
- ☐ als Gönner / Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für PRO LIBERTATE

- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Broschüren / Bücher zum Bestellen: Bitte senden Sie mir:

(Alle Preise verstehen sich exkl. Porto und Versandkosten)

- Expl. **General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art.** Von Markus Somm. Preis 45 Fr.
- Expl. **Marignano 1515 - 2015.** Preis 75 Fr.
- Expl. **Die Schweiz im 21. Jahrhundert.** Von Franz Muheim. Spezialpreis Stiftung F&V: 10 Fr. (statt 32.90 Fr.)
- Expl. **August R. Lindt. Patriot und Welbürger.** Von David Vogelsanger et al. Spezialpreis Stiftung F&V: 5 Fr.
- Expl. **Freier Fels in brauner Brandung.** Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Die Gotteskrieger - die unterschätzte Bedrohung.** Von Dr. Léon S. Gaucher. Preis 8 Fr.
- Expl. **Welcher Islam passt zur Schweiz?** Referat Saïda Keller-Messahli. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Operationsziel Schweiz.** Div. Autoren. Spezialpreis Pro Libertate: 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Ernst R. Borer.** Von Sara Arnold-Korf. Spezialpreis Stiftung F&V: 25 Fr. (statt 35 Fr.)
- Expl. **Identität Schweiz.** Div. Autoren. Spezialpreis Pro Libertate: 24 Fr. (statt 34 Fr.)
- Expl. **Robert Nef. Kämpfer für die Freiheit.** Von Peter Ruch et al. Preis 40 Fr.
- Expl. **Sonderfälle Schweiz.** Von Prof. Dr. Allan Guggenbühl. Broschüre Stiftung F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Sinn oder Unsinn der Energiewende.** Referate von Dr. Irene Aegerter, Prof. Dr. Silvio Borer, Prof. Dr. Heinz Gutscher und Dr. Eduard Kiener an der F&V Fachtagung / Auszeichnung 2014. Preis 8 Fr.
- Expl. **Was heisst denn heute liberal. Liberale Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.** Von Fulvio Pelli, Béatrice Acklin, Yann Grandjean. Preis 28 Fr.

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

Telefon / E-Mail (fak.):

Datum:

Unterschrift: